

Der Ukraine-Konflikt: Wurzeln und Perspektiven

Bis zum Februar 2022 war die Welt noch in Ordnung. Unsere Regierungen träumten vom Kohle- und Kernkraftausstieg, sie träumten von grünen Energien und von grünem Wasserstoff. Und sie träumten ganz offensichtlich davon, dass die zweifelsohne noch auf lange Sicht benötigte fossile Energie immerwährend von dem einstigen „Brudervolk“, dem heutigen Russland, in Form von Gas geliefert werden würde.

Der Traum ist erst einmal ausgeträumt.

Die russische Regierung hat sich entschlossen, der Ausbreitung des Westens in das ehemalige sowjetische Imperium hinein militärisch entgegenzutreten. Zankapfel ist aktuell die Ukraine. Der eigentliche Konflikt liegt aber tiefer.

Wir erinnern uns:

Als 1990 die deutsche Wiedervereinigung denkbar wurde, stand die Frage im Raum, ob das vereinigte Deutschland neutral sein sollte, oder in seiner Gänze der NATO angehören werde. Am 2. Februar 1990 erklärte der damalige deutsche Außenminister Genscher im Beisein seines amerikanischen Kollegen Baker in Washington vor laufenden Kameras:

„Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell.“ (1)

Nur wenig später hieß es seitens Genscher:

„Die Russen müssen die Gewissheit haben, dass, wenn beispielsweise die polnische Regierung an einem Tag aus dem Warschauer Pakt austritt, sie am nächsten Tag nicht der NATO beitreten wird.“ (2)

Und Baker selbst sagte:

„Wir verstehen, dass es nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für andere europäische Länder wichtig ist, Garantien zu haben, dass, wenn die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO beibehalten, sich die gegenwärtige militärische Zuständigkeit der NATO keinen Zentimeter in östlicher Richtung ausbreiten wird. Wir glauben, dass Konsultationen und Diskussionen im Rahmen des „Zwei + Vier“-Mechanismus garantieren sollten, dass die Vereinigung Deutschlands nicht zu einer Ausdehnung der militärischen Organisation der NATO nach Osten führen wird.“ (3)

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Äußerungen der damals führenden Politiker, die alle mehr oder weniger besagten, dass es nach einer deutschen Wiedervereinigung keine NATO-Osterweiterung geben werde. Nun hätte der Terminus „...dass nicht die Absicht besteht...“ den damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow aufhorchen lassen sollen, nicht wahr? Ein deutscher Politiker hatte schon einmal behauptet: "Niemand hat die Absicht...!" Leider war Gorbatschow aber damals nicht in der Lage, die Westmächte im Rahmen der 2+4-Verhandlungen dazu zu bringen, diese interpretationsfähigen Versprechungen in Schriftform zu gießen. Vielmehr gestand er in den Gesprächen seinerseits den ehemaligen Sowjetrepubliken zu, sich selbst einen Bündnispartner zu wählen.

Und so wollte im Westen nach der erfolgten deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung des Warschauer Pakts niemand mehr etwas von diesen Absichtserklärungen wissen. Nach und nach rückte die NATO zwischen 1999 und 2009 dem Kernland der inzwischen zerfallenen Sowjetunion auf die Pelle. Und das taten die neuen NATO-Mitgliedsstaaten auch nicht in einem partnerschaftlichen Verhältnis zum einstigen Bruderstaat, sondern in kaum verhohlener Siegermentalität Russland gegenüber. Man muss es einfach zugeben: Gorbatschow und die Russen sind damals, wenn schon nicht betrogen, so doch ziemlich über den Tisch gezogen worden.

Wenn die russische Regierung dieses Auf-die-Pelle-Rücken heute beklagt, ist das in gewisser Weise nachvollziehbar. Allerdings liefert diese „Annäherung“ dann auch wieder kein Argument für einen Krieg. Denn wenn man einmal unterstellt, dass die NATO-Staaten ihrerseits kein Interesse haben, Russland oder andere Staaten militärisch anzugreifen, braucht Russland vor einer näher rückenden NATO auch keine Angst zu haben. Und auch daran sollten wir uns erinnern: Zu Gorbatschows Zeiten war ja sogar eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO angedacht worden. Schade, dass daraus nichts geworden ist...

Die NATO und die Europäische Union sind jedenfalls in den vergangenen drei Jahrzehnten bis an die russische Staatsgrenze herangerückt. Einige der ehemaligen Sowjetrepubliken und der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten haben es sich in diesen beiden Organisationen bequem gemacht. Und sie haben aus ihrer latenten Gegnerschaft zu Russland auch nie ein Geheimnis gemacht: Propagandistisch wurde hier, wie in Zeiten des Kalten Kriegs, immer wieder der Teufel an die Wand gemalt, in Form eines demnächst drohenden russischen Einmarschs.

Trotz der gebrochenen Versprechen und trotz des Propagandagetöses herrschte zwischen „dem Westen“ und Russland aber über fast 30 Jahre ein (nur scheinbar?) friedliches und partnerschaftliches Miteinander. Dass Russland sich zwischenzeitlich mit einigen ehemaligen Sowjetrepubliken gezofft hatte, wurde im Westen zwar lautstark als Beweis für die Bösartigkeit des Kreml angeführt. Abseits des Propagandagetöses hatte man sich aber stillschweigend wohl längst der Meinung Gorbatschows angeschlossen, der die Intervention Russlands beispielsweise in Georgien damals als angemessen verteidigt hatte. Abgesehen von ein paar halbherzigen Sanktionen hatte der Westen da folglich auch nichts unternommen.

Dann aber kam der erste größere Knall: die Annexion der Krim im Jahre 2014. Der befürchtete Einmarsch der bösen Russen war passiert. Aber Überraschung: „Unser Gorbi“ hatte damals auch die Annexion der Krim verteidigt! War unser Held von allen guten Geistern verlassen? Nein, das war er nicht.

Was man hierzulande nicht mehr weiß oder nicht mehr wissen will: Die Ukraine ist als Staat ein sehr junges Gebilde. Gegründet wurde der erste ukrainische Staat als Ukrainische Volksrepublik im Jahre 1917. Dabei war das Staatsgebiet zuvor und auch danach noch umstritten. Vor der Gründung war es insbesondere ein Streitpunkt zwischen Russland und Polen, aber auch Rumänien und selbst Österreich-Ungarn zankten fleißig mit und beanspruchten wechselweise größere Teile des späteren Staatsgebiets. Und mit der Gründung der Ukraine war der Zank noch lange nicht zu Ende. Auch das Deutsche Reich versuchte zeitweise, die Ukraine als Kampfmittel gegen den großen Gegner Russland zu instrumentalisieren. Ruhe kehrte erst ein, als die Ukraine in den 20er-Jahren Teil der damaligen UdSSR

wurde. Und man kann es sarkastisch so sagen: Mit dem Zerfall der Sowjetunion ging der Zank von vorne los.

Bis 2014 hatte die Ukraine eher pro-russisch orientierte Regierungen. Im Jahre 2014 kam es nach dem heute als **Euromaidan** gefeierten, aber dennoch gewaltsamen (!) Umsturz zu einer Regierung, die sich klar für eine weitergehende Annäherung an die Europäische Union, aber perspektivisch auch zu einem Beitritt in die NATO aussprach. Es ist offensichtlich, dass dieser Umsturz, wenn er schon nicht, wie von Putin behauptet, vom Westen gesteuert war, den notorischen Russland-Gegnern im Westen sehr zu Passe kam.

Kurz nach dem Euromaidan haben die Russen dann erst einmal die Schwarzmeerhalbinsel Krim annektiert. Der Aufschrei im Westen war groß. Das sei ja eine unerhörte Aggression. Allerdings kann man das auch anders sehen: Die Krim war nämlich tatsächlich bis neulich russisch. Erst der ehemalige KPDSU-Parteichef der Ukraine, Nikita Chruschtschow, hat dann, als er selbst endlich Sowjet-Führer war, die Krim der Ukraine zugeschlagen. Das war 1954! Allerdings stand das unter der Prämisse, dass beide Sowjetrepubliken, Russland und die Ukraine, ja ohnehin zum selben Topf gehörten. Man könnte die neuerliche Annexion der Krim durch Russland mit einiger Berechtigung also auch als eine Art „Wiedervereinigung“ bezeichnen. Auch wenn diese Wiedervereinigung nun mit unlauteren Mitteln erzwungen wurde, ist das Argument Putins, man habe nur das zurückgeholt, was immer schon zu Russland gehört hat, nicht ganz von der Hand zu weisen. So hat das wohl auch Gorbi gesehen.

Zeitgleich versuchte Putin aber auch, weitere Gebiete der östlichen Ukraine wieder in den russischen Herrschaftsbereich zurückzuholen, etwa die Oblaste Donezk und Lugansk. Aber auch diese Regionen gehörten vor der Staatsgründung der Ukraine zu Russland. Auch hier gibt es also sachliche Argumente, dass die Regionen immer noch oder wieder zu Russland gehören (könnten). Aber diese Sichtweise rechtfertigt natürlich keine militärischen „Rückeroberungen“; vielmehr wäre es an der Zeit, die dort lebende Bevölkerung zu befragen, ob sie lieber zu Russland oder zur Ukraine gehören will.

Der erste gewaltsame Versuch Russlands, die Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk aus der Ukraine herauszulösen, endete mit den Minsker Abkommen. Die sahen unter anderem Wahlen in den umstrittenen Regionen vor, mit der Perspektive einer echten Volksbefragung. Zu einer solchen "friedlichen" und unbeeinflussten Entscheidung ist es aber nie gekommen. Ich weiß allerdings nicht, ob das daran lag, dass schlichtweg dort niemand Interesse hatte, Russe zu werden, oder ob der seitens Russland unterstellte „Volkswille“ von den Machthabern in Kiew unterdrückt wurde. Wahrscheinlich spielte beides eine Rolle.

Ungeachtet dessen: Eine „Wiedervereinigung“ von – aus welchen Gründen auch immer – aus einem Staatsgebiet ausgegliederten Regionen mit Gewalt zu betreiben, ist sowohl illegitim als auch blödsinnig. Illegitim ist ein Krieg immer, egal, aus welchem Grund ihn jemand anzettelt. Und blödsinnig ist ein Krieg schon deshalb, weil am Ende heute niemand mehr etwas dabei gewinnen kann. Bei einem Krieg, bei dem man sich um hochentwickeltes Zivilisationsgebiet mit empfindlicher und teurer Infrastruktur kloppt, geht so viel kaputt, dass der Sieger am Ende von seinem Sieg nichts hat. Krieg ist schon von daher einfach nur schwachsinnig. (Und weil die Chinesen nicht schwachsinnig sind, bezweifle ich auch, dass sie sich Taiwan mit

militärischen Mitteln zurückholen wollen; nicht aber, dass sie es sich zurückholen werden!)

Auch Putin ist ganz bestimmt nicht schwachsinnig. Ich vermute daher, dass er trotz des massiven Militäraufgebots ursprünglich gar keinen Krieg in der Ukraine wollte. Ich denke, das war zunächst nur als Drohkulisse gedacht, um die Regierung in Kiew zu Zugeständnissen hinsichtlich des angedachten NATO-Beitritts und hinsichtlich des Status der „russischen“ Ostgebiete zu bewegen. Als die Drohung erkennbar unwirksam blieb, hat er sich zu einem Einmarsch entschlossen. Offenbar hat Putin dabei davon geträumt, die Sache schnell und ohne größeres Blutvergießen zu erledigen, wie es seinerzeit 1968 in der damaligen Tschechoslowakei geklappt hat: mit ein paar Panzern in Kiew vorfahren, die unliebsame, westlich orientierte Regierung austauschen, und fertig. Halt eine „Spezialmaßnahme“, aber kein Krieg.

Offenbar haben Putin und seine Berater hier zwei Dinge ignoriert:

1. Die Ukraine war nicht nur zu Sowjetzeiten ein militärisch hochgerüsteter Staat (Standorte der Schwarzmeerflotte, Besitz von Atomwaffen, Sitz von Rüstungsindustrien), sondern ist es dreißig Jahre später immer noch, und
2. eine vom Westen unterstützte russlandfeindliche ukrainische Regierung wird wohl auf weitere westliche Rüstungsgüter zur Abwehr Russlands bauen können und diese auch einsetzen.

Putin hat hier offenbar unterschätzt, inwieweit die Ukraine und ihre Regierung, die er als westlich gesteuert erkannt hat, wohl auch im Falle einer militärischen Auseinandersetzung vom Westen massiv unterstützt werden würde. So hat sich Putin enorm verkalkuliert und ist in einen echten Krieg geschliddert.

Diesen Krieg kann aber keine der beiden Seiten gewinnen! Russland hat sicher – anders als es im Westen kolportiert wird – sehr wohl die militärische Stärke, Teile der Ukraine dauerhaft zu besetzen, wenn auch unter Verlusten. Denn auf der anderen Seite hat die Ukraine dank der Unterstützung durch die westlichen Staaten auch die militärische Stärke, das den russischen Besatzern nach Kräften zu erschweren. Beides, der Versuch einer Besetzung und die Verteidigung davor führen dann aber auf Dauer dazu, dass am Ende in den umkämpften Gebieten kein Stein mehr auf dem anderen stehen wird. Und davon haben beide Seiten nichts. Von den menschlichen Tragödien brauchen wir hier gar nicht erst zu reden.

Im Grunde genommen herrscht dort seit März, als klar wurde, dass die „Spezialmaßnahme“ in die Hose gegangen ist, eine Pattsituation. Daran ändern auch die Meldungen nichts, dass die Ukraine mal wieder ein paar Quadratmeter „zurückerober“ und dem Endsieg ganz nahe ist; oder dass die russischen Streitkräfte irgendwo Raketen- oder Drohnenangriffen vollzogen haben und ein paar Kilometer vorgerückt seien. Als Schachspieler müsste man sich – zähneknirschend – in dieser Lage auf ein Remis einigen: Wer noch ein paar Züge macht, kann dabei nur verlieren.

Aber dazu müssten die beiden Machthaber, Putin wie auch Selenskyj, ihre Engstirnigkeit überwinden, und einsehen, dass sie nichts mehr gewinnen können. Dazu müsste aber auch der Westen seine Grundhaltung den beiden gegenüber grundlegend ändern:

Ja, der russische Einmarsch ist völkerrechtswidrig. Trotzdem muss man mit dem Aggressor verhandeln, wie es weitergeht, und dabei von den eigenen

Maximalforderungen auch abzugehen bereit sein. Und ja, man ist Opfer einer Aggression und von Kriegsverbrechen geworden; man wird damit aber leben müssen: Der Gegner verschwindet nicht von der Erdoberfläche, sondern man wird mit ihm die nächsten Jahrhunderte zusammenleben müssen. Also muss man darüber sprechen, und zwar ohne vorgeschobene Vorbedingungen, wie man jetzt aus der Pattsituation herauskommen kann und wie man in Zukunft miteinander umgehen will, ohne sich bis aufs Blut zu bekriegen.

Man sollte auch nicht darauf hoffen, dass Putin irgendwie bald "beseitigt" sein wird: Er steht mit seiner aggressiven Politik im Kreml ja nicht allein da. Es steht zu befürchten, dass nach ihm erst recht skrupellose Hardliner an die Spitze kommen würden. Und selbst wenn die Ukraine irgendwann alle russischen Truppen vertreiben könnte, wäre damit der Krieg ja immer noch nicht zu Ende.

Spricht man nicht miteinander, dann wird der Krieg sehr lange dauern, und – und das ist weitaus tragischer – erst mit der vollständigen Niederlage der einen oder der anderen Seite zu Ende gehen können. Bei einer Niederlage der Ukraine passiert wahrscheinlich nicht viel: Die Amerikaner und damit die NATO werden sich hüten, wegen einer drohenden Niederlage der Ukraine womöglich einen Atomkrieg zu riskieren. So viel Uneigennützigkeit besitzen weder die Amerikaner noch sonst jemand im Westen. Anders sieht das aber bei einer drohenden Niederlage Russlands aus: Der russischen Regierung ist zuzutrauen, vorbeugend auch zu diesem ultimativen Mittel zu greifen, wenn sie sich in die Enge getrieben fühlt. Schon deswegen wird der Westen es übrigens gar nicht erst ernsthaft versuchen, Russland zu besiegen – allen Sonntagsreden zum Trotz. Es wird keine Kapitulation Russlands geben.

Das Gleichgewicht des Schreckens ist, anders als manche geträumt haben, keineswegs beendet. Und weil es noch existiert, muss man einfach konstatieren, dass die großen Atomkräfte in ihrem Einflussbereich immer noch machen können, was sie wollen: Wollte der jeweilige Gegner sie daran hindern, ließe das immer auf das Schreckgespenst eines finalen Atomkriegs hinaus. Und deswegen wird am Ende Putin in der Ukraine seine wichtigsten Ziele durchsetzen können, früher oder später. Putin hat viel Zeit. Und Russland hat in Europa meines Wissens auch noch nie einen Krieg verloren.

Man kann nur hoffen, dass Selenskyj - und etliche deutsche "Befreiungspolitiker" - sich das möglichst bald verinnerlichen! Es wird aber wohl noch etwas dauern, bis unsere Politiker zu dieser unangenehmen Einsicht gelangen, oder öffentlich machen, dass sie das schon längst begriffen haben. Es tut mir ja für die Ukrainer leid, aber sie werden sich über kurz oder lang mit den Russen zusammensetzen müssen, und zähneknirschend und mit der Faust in der Tasche einen wie auch immer gearteten Kompromiss eingehen müssen.

Denn Recht zu haben heißt gerade bei Streitigkeiten mit mächtigen Nachbarn nicht, auch Recht zu bekommen. So ist das Leben.

Eberhard Därr, 31. Oktober 2022